

Rollenspiel

EU-Beitritt am Beispiel der Türkei. In: Diendorfer, Gertraud/ Maier-Rabler, Ursula (Hg.): Partizipativer Unterricht mit PoliPedia. Ein webgestütztes Tool für kollaboratives Lernen, 2013, S. 45-60

EU-Beitritt am Beispiel der Türkei

Einleitung

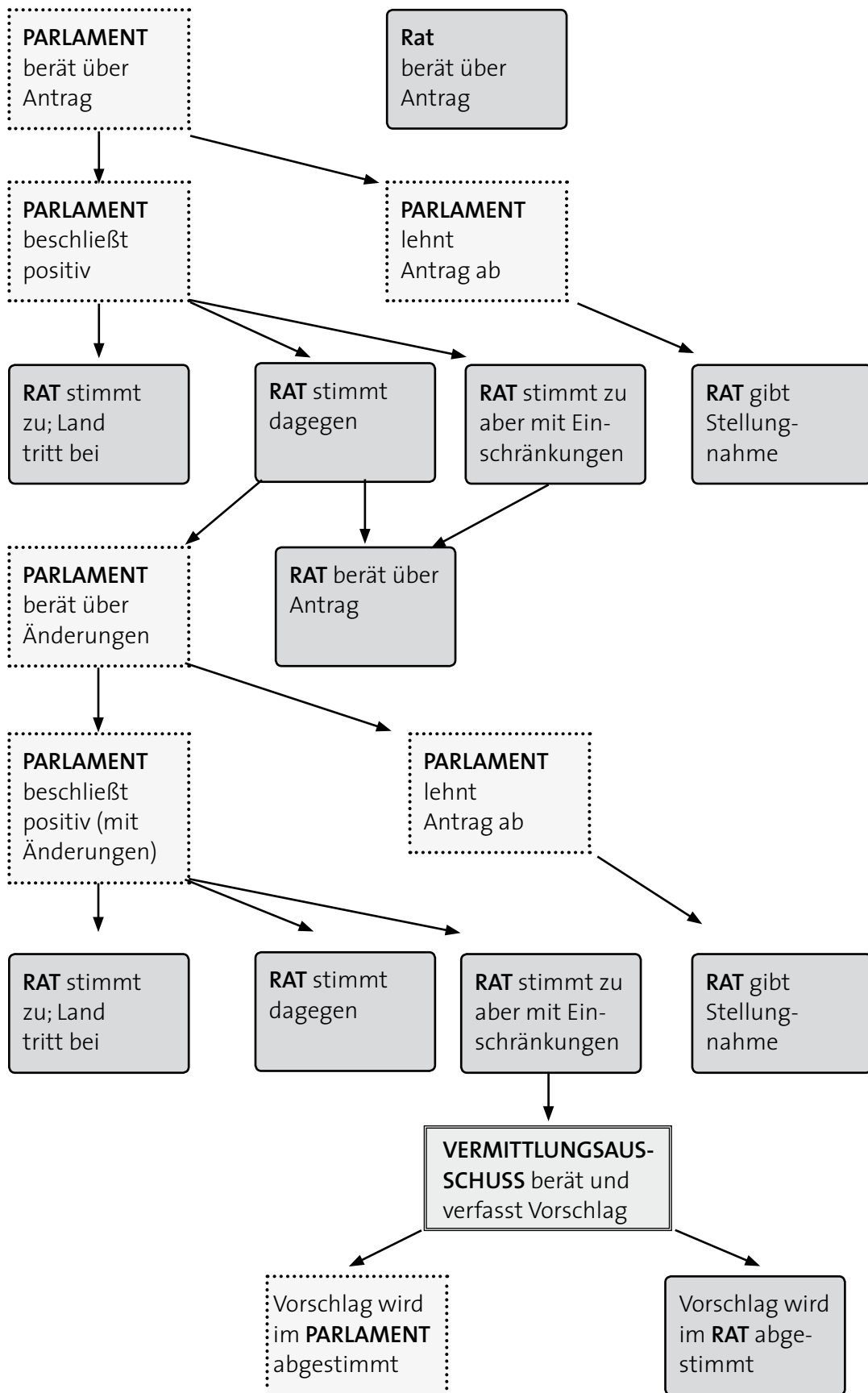
Das vorliegende Planspiel gibt Materialien zur Hand, mit denen die Perspektiven und Herausforderungen der Europäischen Union, speziell im Hinblick auf mögliche Erweiterungen und Vertiefungen, behandelt werden können. Der erfahrungsorientierte Ansatz des Planspiels ist besonders gut geeignet, um die komplexen und mehrstufigen Prozesse der Europäischen Union und die ihr inhärenten Entscheidungsstrukturen nachzuvollziehen und verstehen zu lernen. Die Jugendlichen können während des Planspiels in die Rollen der politischen AkteurInnen schlüpfen (Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied des Rats der Europäischen Union, VertreterIn des Beitrittskandidaten, VertreterIn der Medien) und die vorgegebenen Rollenprofile um ihre eigenen Ideen erweitern. Dadurch wird der komplizierte Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union prozesshaft erschlossen und die politischen Abläufe innerhalb der Europäischen Union werden nachempfunden. Europäische Entwicklungen werden für die TeilnehmerInnen dadurch auf einer äußerst persönlichen Ebene erfahrbar.

Der Spielablauf

1. Die TeilnehmerInnen werden in zwei etwa gleich große Gruppen aufgeteilt: Das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union. Es empfiehlt sich, den Rat der Europäischen Union ein wenig kleiner zu gestalten als das Europäische Parlament. Er wird stärker von nationalen Einzelinteressen bestimmt als das EP, da sich der Rat aus Mitgliedern der nationalen Regierungen zusammensetzt. Zudem werden ein bis zwei Jugendliche für die Rolle der VertreterInnen des Beitrittskandidaten und der Rolle der unabhängigen Medien bestimmt. Die Rolle der unabhängigen Medien sollte insbesondere von TeilnehmerInnen übernommen werden, die über ein gewisses Maß an Medienkompetenz und technische Fähigkeiten (Upload von Videos ins Internet) verfügen.
2. Zu Beginn des Planspiels verteilt der Pädagoge/die Pädagogin die Rollenprofile an alle TeilnehmerInnen. Die ersten Minuten sind dafür reserviert, die Profile zu studieren und noch offene Fragen zu klären. Die Europäische Kommission wird von der Lehrperson gespielt. Die Ausgangssituation setzt voraus, dass der Beitrittskandidat (in diesem Fall die Republik Türkei) bereits einen Antrag auf Beitritt gestellt hat. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments beginnen nun mit der Diskussion über den möglichen Beitritt. Dabei sollen sich die TeilnehmerInnen größtmöglich an die vorgegebenen Rollenprofile halten. Die Mitglieder des Rats der Europäischen Union sind einstweilen damit beschäftigt, ihre Rollenprofile zu erweitern. Mithilfe beispielsweise des Internets holen sie zusätzliche Informationen über ihre Herkunftsländer ein. Die VertreterInnen des Beitrittskandidaten versuchen eine erste Stellungnahme auszuarbeiten, um die Europäische Öffentlichkeit von einem Beitritt ihres Landes zu überzeugen. Die VertreterInnen der unabhängigen Medien können mit ihrer Arbeit beginnen, sobald das Planspiel beginnt. Zu ihren Aufgaben zählen vor allem die Dokumentation des Planspiels und das Führen von Interviews.

3. Nach etwa einer Stunde sollte das Europäische Parlament zu einer ersten Abstimmung kommen. Sollte diese positiv ausfallen, müssen bereits Detailkriterien (z.B. Reform der Agrarpolitik der Republik Türkei) für den Beitritt aufgestellt werden. Die Entscheidung wird an den Rat der Europäischen Union weitergeleitet. Der Rat muss zur Abstimmung im Europäischen Parlament eine Stellungnahme verfassen. Diese sollte bereits im Vorfeld besprochen worden sein, da der Rat der Europäischen Union nach Möglichkeit auf alle möglichen Abstimmungsverhalten des Europäischen Parlaments vorbereitet sein sollte. Zur Information über die Grundstimmung im Europäischen Parlament dürfen die VertreterInnen des Rates jederzeit mit den VertreterInnen der Medien sprechen bzw. deren Interviews oder Berichterstattung lesen und anschauen (Videos).
4. Bei einer negativen Entscheidung des Europäischen Parlaments ist das Planspiel zu Ende, die VertreterInnen des Rates der Europäischen Union schließen mit einer Erklärung, die dem Beitrittskandidaten die Gründe für die Ablehnung des Antrags erläutert. In einer abschließenden Gruppendiskussion kann man über seine Erfahrungen während des Rollenspiels berichten und darüber diskutieren, was für einen Beitritt nötig gewesen wäre. Hat das Europäische Parlament sich prinzipiell positiv geeinigt, darf der Rat der Europäischen Union zustimmen, ablehnen oder den Beitritt verhindern, indem er eine Stellungnahme verfasst, die dem positiven Bescheid des Europäischen Parlaments zusätzliche Kriterien auferlegt (z.B. zusätzliche ökonomische Schranken). In jedem Fall wird eine Stellungnahme des Rates verfasst, welche sowohl an den Beitrittskandidaten als auch an das Europäische Parlament weitergeleitet wird. Das Europäische Parlament debattiert nun in einer zweiten Runde die Vorschläge des Rates der Europäischen Union.
5. Bei einer negativen Entscheidung des Europäischen Parlaments ist das Planspiel zu Ende, die VertreterInnen des Rates der Europäischen Union schließen mit einer Erklärung, die dem Beitrittskandidaten die Gründe für die Ablehnung des Antrags erläutert. Hat das Europäische Parlament sich prinzipiell positiv geeinigt, darf der Rat der Europäischen Union zustimmen, ablehnen oder den Beitritt verhindern, indem er eine Stellungnahme verfasst, die dem positiven Bescheid des Europäischen Parlaments zusätzliche Kriterien auferlegt. In jedem Fall wird eine Stellungnahme des Rates verfasst, welche sowohl an den Beitrittskandidaten als auch an das Europäische Parlament weitergeleitet wird. Prinzipiell ist der Beitrittsprozess damit beendet.
6. Kam es allerdings im Europäischen Parlament nach der zweiten Diskussionsrunde zu einer Einigung und der Rat der Europäischen Union sprach sich in seiner Stellungnahme prinzipiell für einen Beitritt aus, fügte allerdings noch Kriterien zu den Bedingungen des Europäischen Parlaments hinzu, folgt die dritte Verhandlungsrunde. Hierzu wird ein Vermittlungsausschuss gebildet, der zu 50 % aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zu 50 % aus Mitgliedern des Rates der Europäischen Union besteht. Dieser Ausschuss ist nicht öffentlich, die VertreterInnen der Medien und des Beitrittskandidaten dürfen nicht an der Besprechung teilnehmen. Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses werden an das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union weitergeleitet. Beide Organe müssen zustimmen damit der Beitritt erfolgen kann. Das Planspiel schließt mit einer Erklärung des Rates der Europäischen Union, der dem Beitrittskandidaten die Bedingungen für einen Beitritt erläutert oder erklärt, warum es zu keinem Beitritt kommen kann. In einer anschließenden Gruppendiskussion werden die Erfahrungen aus dem Rollenspiel ausgetauscht, wozu insbesondere die von den VertreterInnen der unabhängigen Medien produzierten Texte, Bilder und Videos herangezogen werden können.

Der Beitrittsprozess



Quelle: http://europa.eu/about-eu/countries/joining-eu/index_de.htm

Szenario-Beschreibung

Szenario 1999–2012:

Europa an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert: Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts begann eine neue politische Ära – mit neuen Risiken und neuen Chancen. Die EU-Erweiterung im Jahr 2004 hat nach Jahrzehnten der Trennung aufgrund des Kalten Krieges einen historischen Meilenstein für die Vereinigung Europas gesetzt. Es handelte sich um die fünfte und bis heute auch größte Erweiterung der Europäischen Union. Am 1. Mai 2004 traten Estland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern der EU bei. Bis hin zur neuesten Erweiterung um Bulgarien und Rumänien (am 1. Januar 2007) bestand die EU aus 25 Mitgliedsstaaten. Kroatien wird als 28. Mitglied am 1. Juli 2013 der Union offiziell beitreten. Der 1. Mai 2004 war ein Moment, der den Fall des Eisernen Vorhangs spürbar zu einem Teil der Geschichte werden ließ. Vielerorts wurden große Feste gefeiert, insbesondere im Dreiländereck Tschechien, Polen und Deutschland, und Reden auf ein neues Europa gehalten. Der deutsche Ex-Kanzler Helmut Kohl bezeichnete die Erweiterung feierlich als eine „Glücksstunde“ für Europa. Als Entgegnung auf die mehrfach artikulierten Bedenken hinsichtlich der Erweiterung verwies die Europäische Kommission auf eine positive Bilanz auf beiden Seiten, sowohl bei den „alten“ als auch bei den „neuen“ Mitgliedsstaaten. Zumindest bis zur Ausbreitung der globalen Finanzkrise im Zuge des Zerberstens der „Immobilienblase“ in den USA konnten wirtschaftliche Wachstumsraten und eine generelle Erhöhung der politischen Stabilität verzeichnet werden. Ein im Westen oftmals befürchteter Ansturm von billigen Arbeitskräften aus dem Osten hat in dieser Größenordnung nicht stattgefunden.

Dieser „große Wurf“, eine Erweiterung der Europäischen Union in einem solchen Ausmaß, war damals ein ungemein umstrittenes Thema. Auch wenn ein Großteil der Ängste und Sorgen der damaligen Zeit unbegründet war, äußern viele Menschen in der „alten“ EU ihre Ablehnung der Ausweitung des Jahres 2004. Sollte die Europäische Union nun neue Mitglieder aufnehmen oder nicht? Die Türkei und Island zum Beispiel?

Die ersten Annäherungen zwischen der Türkei und Europa reichen weit zurück: Im September des Jahres 1963 wurde das sogenannte Ankara-Abkommen unterzeichnet, ein Vertrag über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das NATO-Mitglied Türkei (seit 1952) bewarb sich 1987 erstmals um die EU-Mitgliedschaft. Im Jahr 1999 erhielt die Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten auf dem EU-Gipfel von Helsinki. Am 17. Dezember 2004 beschloss der Europäische Rat, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005 zu eröffnen.

Heute, zu Beginn des Planspiels, haben VertreterInnen der Republik Türkei einen neuen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union eingereicht. Alle Behörden der EU haben sich versammelt, um zu entscheiden, wie man in dieser Frage weiter verfahren soll. Im Fall einer vom Europäischen Parlament und vom Rat der Europäischen Union gewährten Vollmitgliedschaft müssen daran geknüpfte Bedingungen formuliert und eine Einigung darüber erreicht werden. Sollte der Türkei allerdings keine EU-Mitgliedschaft gewährt werden, muss eine entsprechende Begründung vorgebracht werden.

FACTSHEET: BEITRITTSBEDINGUNGEN

Um den Status eines potenziellen Mitgliedsstaates zu erreichen, ist eine Erfüllung der Kriterien des Europäischen Rates von Kopenhagen (1993) von grundlegender Bedeutung. Ihnen zufolge muss der um eine Mitgliedschaft werbende Staat die folgenden Punkte nicht nur formal, sondern auch in der staatlichen Praxis erfüllen:

- ➔ Stabilität der Institutionen, Demokratie und verfassungsmäßigen Legalität, Einhaltung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten
- ➔ eine funktionierende Marktwirtschaft, die den Erfordernissen des Europäischen Binnenmarktes entspricht
- ➔ Annahme der gemeinsamen Regeln, Normen und Politiken, die die Gesamtheit des EU-Rechts darstellen

(Vgl.: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, 20.10.2012)

Überblick

Der europäische Integrationsprozess ist seit Beginn insbesondere von zwei Triebkräften geprägt worden: Von „*Vertiefung*“ und von „*Erweiterung*“. Sie sind maßgeblich für seine Entwicklung und Ausrichtung verantwortlich und ständige Mitgestalter der europäischen Tagespolitik. Diese beiden sich einander gegenüberstehenden und spannungsgeladenen Leitbilder sollen zunächst genauer definiert werden:

Vertiefung umschreibt eine zunehmende Integration und bedeutet für die Wirtschaft einen gemeinsamen Binnenmarkt mit einem möglichst regen Austausch und gleichen Regeln für alle Beteiligten. In rechtlicher Hinsicht geht es um die Etablierung eines gemeinsamen Rechtssystems und somit das Aufstellen von für alle gleichermaßen geltenden Regeln. Aus dem Blickwinkel der Politik handelt es sich um eine Ausweitung des europäischen Systems und seiner Institutionen und demzufolge auch um eine verstärkte gemeinschaftliche Politikführung:

„Political integration is the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the pre-existing ones.“ (Haas 1958: 16)

Erweiterung der Europäischen Union meint die Aufnahme neuer Beitrittsländer in die Union. Artikel 49 des EU-Vertrags legt die dafür notwendigen Bestimmungen und Abläufe dar (<http://dejure.org/gesetze/EU/49.html>, 20.10.2012). Hier hat die bewusste Stärkung junger Demokratien oberste Priorität. Eine eingehendere Vertiefung als Mittel zum Zweck für die Erweiterung wird nicht vorausgesetzt. Die Schwierigkeit der Diskussion über Erweiterung und Vertiefung liegt in der Frage begründet, ob und wie der erlangte Integrationsstand vor dem Hintergrund einer wachsenden Union gesichert werden kann und möglicherweise abgewandelt werden muss und ob nicht auch die Rolle der EU in diesem Modell allgemein neu gedacht werden muss. Sowohl die Interessen der Mitgliedsstaaten als auch die Erwartungen und Anforderungen von außerhalb müssen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus drängt sich die Frage nach möglichen „Gewinnern“ und „Verlierern“ solcher Erweiterungsprozesse und auch nach damit verbundenen nötigen Eingriffen in die nationalen Politiken auf.

Mögliche Diskussionsthemen

Sicherheit

Pro: Mit der Türkei als regionaler Macht im Nahen und Mittleren Osten würde auch Europas Status in der Welt aufgewertet und eine der islamischen Welt und den USA ebenbürtige Sicherheitspolitik geschaffen werden. Außerdem würde eine Mitgliedschaft auf lange Sicht zu weiteren demokratischen und sozialen Reformen im Land führen. Eine Ablehnung der EU-Aufnahme der Türkei könnte eine verstärkte Orientierung des Landes in Richtung Osten nach sich ziehen, was eine Destabilisierung des Gebietes zur Folge haben könnte.

Contra: Die Türkei ist seit bereits fünfzig Jahren Mitglied der NATO (1952) und somit ist eine geostrategische Verbindung bereits vorhanden. Dies macht das Militär des Landes zu einem Gegenpol zu religiösem politischen Fanatismus. Eine strategische Partnerschaft könnte hinsichtlich der oben angeführten sicherheitspolitischen Fragen bereits ausreichend sein. Eine Aufnahme der Türkei würde darüber hinaus weitere Krisenregionen zu Nachbarn der EU machen, was das Krisenpotenzial erheblich steigern würde.

Menschenrechte

Pro: Eine Aufnahme in die Europäische Union würde die Türkei in ihrem Bestreben unterstützen, ein demokratischerer und die Menschenrechte respektierender Staat zu werden. Eine Entscheidung gegen die Türkei könnte diesbezüglich massive Rückschritte mit sich bringen.

Contra: Obgleich die Türkei bereits Bemühungen unternommen hat, die Menschenrechte verstärkt zu achten, gehören Menschenrechtsverletzungen im Alltag noch nicht der Vergangenheit an. Die Türkei an diesem Punkt bereits mit einem Beitritt zu belohnen, würde ein falsches Signal aussenden.

Wirtschaft

Pro: Der jüngste Bericht der Europäischen Kommission besagt, dass die Türkei derzeit einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Inzwischen hat sich die Türkei zu einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickelt, die dazu in der Lage sein sollte, dem Wettbewerbsdruck in der Union standzuhalten.

Contra: Der Bericht weist jedoch auch darauf hin, dass sich das Handelsbilanzdefizit des Landes vergrößert hat, was wiederum zu einem zunehmenden Ungleichgewicht der Außenwirtschaft führte. Die Türkei müsste mehrere strukturelle Reformen durchführen. Außerdem würde die Türkei aufgrund ihrer stetig wachsenden Bevölkerungszahl innerhalb kürzester Zeit eine Vormachtstellung in Europa einnehmen.

BASISINFORMATIONEN ZUR REPUBLIK TÜRKEI



Fläche:	814.578 km ²
EinwohnerInnen:	74.724.269 Mio.
Hauptstadt:	Ankara
Regierungstyp:	Parlamentarische Republik
Amtssprachen:	Türkisch
BIP total/nominal (2011):	778.089 Mio. US-Dollar
Währung:	Türk Lirası (Türkische Lira)
Human Development Index (2011):	0.699 (92. Platz)

Erste Schritte in Richtung einer EU-Mitgliedschaft unternahm die Türkei im Jahr 1963 mit der Unterzeichnung des Zoll-Protokolls. 1987 beantragte die Türkei die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG). Die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union haben offiziell im Oktober 2005 begonnen. Bereits sechs Jahre zuvor, im Jahr 1999, wurde der Türkei der Status des Beitrittskandidaten gewährt.

1923 wurde die Türkei als ein westlich orientierter Staat mit islamisch-imperialem Erbe gegründet, was auch heute noch Einfluss auf das politische und soziale Leben sowie die Auslandsbeziehungen des Landes hat. Die Geschichte der Republik und ihre geostrategische Position erklären ihre religiöse, kulturelle und ethnische Vielfalt.

Trotz eines massiven Konjunkturabschwungs (BIP-Wachstum: – 4,7 %) hat sich die türkische Wirtschaft relativ schnell von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise (ab 2009) erholt. 2010 verzeichnete die Türkei mit 8,9 % über das höchste Wirtschaftswachstum hinter China und in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 erreichte sie mit 9,6 % sogar den ersten Platz. Darüber hinaus kann die Türkei, im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern, mit einer ganzen Reihe von positiven ökonomischen Indikatoren glänzen (http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html; 05.06.2012, 19:10)

Auch nach mehreren Reformen durch die türkische Regierung hat die Europäische Kommission noch ihre Schwierigkeiten mit den Menschenrechtsverletzungen, mit der immer noch stark verbreiteten Korruption, den weiterhin ungelösten Fragen Zypern und die Kurden betreffend, mit der Nichtanerkennung des Genozids an mehr als einer Million ArmenierInnen, den Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei und dem Mangel an Demokratie im Land.

ROLLENPROFIL REPRÄSENTANTIN DER TÜRKEI

Sie sind ein/eine RepräsentantIn der Türkischen Republik. 1987, vor fünfundzwanzig Jahren, hat sich Ihr Land zum ersten Mal um eine Aufnahme bemüht. Das liegt verhältnismäßig lange zurück und deshalb erwarten Sie, in absehbarer Zeit in die Europäische Union aufgenommen zu werden.

Während Ihrer Argumentation können Sie sich auf diese Daten aus der Geschichte, Politik und Wirtschaft Ihres Landes beziehen. Natürlich ist es Ihnen auch erlaubt, manche Daten zu beschönigen oder zu verschleiern. Vergessen Sie dabei nicht: Das vorrangige Ziel besteht darin, eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu erreichen!

1923 wurde die Türkei als ein westlich orientierter Staat mit islamisch-imperialem Erbe gegründet, was auch heute noch Einfluss auf das politische und soziale Leben sowie die Auslandsbeziehungen des Landes hat. 1964 unterzeichnete die Türkei ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seit 1999 verfügt die Türkei offiziell über den Status eines Beitrittskandidaten. Ihre Geschichte und geostrategische Position erklären die kulturelle und ethnische Vielfalt des Landes. In Istanbul und zahlreichen Städten Anatoliens findet man Moscheen, Kirchen und Synagogen.

Erste Schritte in Richtung einer EU-Mitgliedschaft unternahm die Türkei im Jahr 1963 mit dem Unterzeichnen des Zoll-Protokolls. Erst im Juni 1996 konnte diese lange zuvor vereinbarte Union in Kraft treten, da das Europäische Parlament nur bereit war, den Vertrag an eine Aufforderung zur Achtung der Menschen- und Minderheitsrechte sowie die Gewährung von Amnestie für politische Flüchtlinge gekoppelt zu verabschieden. Seit Oktober 2005 haben die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union offiziell begonnen.

Die Türkei ist bemüht, ein europäisches Land zu sein. Das Land versteht sich als eine „Brücke“ zum Islam, zu den ehemaligen Sowjetrepubliken und zu Zentralasien. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Türkei einer der ersten Mitgliedsstaaten des Europarats (die pan-europäische Fusion) und hat die meisten der europäischen Vereinbarungen unterzeichnet. Im Jahr 1952 wurde sie Mitglied der NATO.

Laut Definition des Europarats ist die Türkei ein demokratisches europäisches Land. Zugleich gehören Menschenrechtsverletzungen jedoch längst nicht der Vergangenheit an. Die Türkei wird diesbezüglich immer wieder von anderen europäischen Staaten kritisiert. Auch auf einen Mangel an Demokratie und die Verletzung der Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere in Bezug auf die Kurden-Frage, wird wiederholt hingewiesen. Zahlreiche Reformen hinsichtlich dieser und ähnlicher Fragen wurden bereits vorgenommen. Viele dieser Änderungen sind allerdings noch nicht umgesetzt.

Es besteht eine historische und bis heute anhaltende Rivalität zwischen dem NATO-Staat Türkei und seinem Nachbarn Griechenland. Sie bezieht sich auf die Ägäis und ethnische Probleme. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten klassifizieren die schlechten Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei als ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für die EU.

Die EU hat wiederholt betont, dass die Position der Türkei gegenüber Zypern von entscheidender Bedeutung für das weitere Verfahren in Richtung eines Beitritts ist. Eine Lösung des Zypern-Konflikts war vor dem Beitritt des Landes im Mai 2004 noch

unmöglich gewesen. Seither ist die Türkei de facto zwar eine Besatzungsmacht in einem EU-Mitgliedsstaat, aber das umfassende Regelwerk der Union besitzt im vom Militär besetzten Norden des Landes keine Gültigkeit. In Anbetracht der verhärteten Position beider Parteien ist eine baldige Lösung nicht zu erwarten.

Trotz eines massiven Konjunkturabschwungs (BIP-Wachstum: $-4,7\%$) hat sich die türkische Wirtschaft von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise (ab 2009) relativ schnell erholt. 2010 verfügte die Türkei mit $8,9\%$ über das höchste Wirtschaftswachstum hinter China und in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 erreichte sie mit $9,6\%$ sogar den ersten Platz. Darüber hinaus kann die Türkei, im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern, mit einer ganzen Reihe von positiven ökonomischen Indikatoren glänzen.

(http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html, 05.06.2012)

Taktik

Beziehen Sie sich als VertreterIn der Türkei auf das Argument, dass das Land eine Brückenfunktion zum Islam, zu den ehemaligen Sowjetrepubliken und zu Zentralasien hat. Die Rechtfertigung für die rasche Realisierung der EU-Mitgliedschaft stützt sich auf den sehr frühen Zeitpunkt der Antragstellung. Aus diesem Grund ist die Türkei davon überzeugt, dass sie auf der Liste potenzieller neuer Mitgliedsstaaten an erster Stelle stehen sollte. Sie betonen insbesondere die durch eine Mitgliedschaft gegebenen sicherheitspolitischen Vorteile für die EU. Zugleich müssen mögliche Einwände der EU-Staaten zu den Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland angefochten werden.

Heben Sie die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei als Mittelmeerland hervor und versuchen Sie, die anderen mediterranen Länder zur Unterstützung Ihrer Anliegen zu gewinnen.

Die Tatsache, dass es der Türkei ökonomisch weiterhin relativ gut geht und sie weniger stark als viele andere EU-Länder von der globalen Finanzkrise betroffen war/ist, hilft Ihrer Argumentation.

Besonderes Interesse widmen Sie der deutschen Position im Rat der Europäischen Union. Aufgrund der allgemein recht engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern erwartet die Türkei eine rege Unterstützung Deutschlands. Immerhin ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Türkei und tätigt eine große Anzahl von Investitionen in der Türkei. Eine vergleichsweise große türkische Minderheit lebt in Deutschland. Tausende von türkischen UnternehmerInnen leisten auf verschiedene Art und Weise einen Beitrag zur deutschen Volkswirtschaft und schaffen Arbeitsplätze.

Erweisen Sie sich in der Rolle des Vertreters/der Vertreterin als kooperativ und als dazu gewillt, im Interesse einer gerechten Lösung des Konflikts über die „Zypern-Frage“ und in Anbetracht der Spannungen zwischen Ihrem Land und Griechenland Kompromisse zu schließen.

Zeigen Sie, dass Sie im Bezug auf die Integration in eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Union aufgeschlossen sind, da dies die Aufnahme in die Euro-

päische Union beschleunigen würde. Ihnen ist bewusst, dass zahlreiche Mitglieder der Union und die USA eine Einbeziehung der Türkei in diesen Bereich durchaus willkommen heißen würden.

DalhnendieEinwändegegeneinebaldigeMitgliedschaftsehrwohlbekanntsind(Stichworte: Mangel an Demokratie, die Situation der kurdischen Bevölkerung und viele türkische ArbeiterInnen in europäischen Ländern, insbesondere in Deutschland), bieten Sie der Opposition Kompromisse im Tausch gegen eine gewährte Vollmitgliedschaft an. Etwa könnte im Fall einer vollständigen Mitgliedschaft und im Rahmen einer Übergangsphase die Reisefreiheit der TürklInnen eingegrenzt werden, sodass etwaige Befürchtungen der EU-Partner vor zu vielen türkischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gemindert würden.

Schließlich äußern Sie die Sorge, dass mit einer möglicherweise negativen Empfehlung seitens der EU-Kommission die türkisch-europäischen Beziehungen gefährdet und fundamentalistische Tendenzen gestärkt würden.



Rollenprofil: EINE ABGEORNETE/EIN ABGEORNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS IRLAND

Partei: Fianna Fail (FF)

Irische Europapolitik wird, trotz des historisch schlechten Abschneidens von Fianna Fail bei den irischen Parlamentswahlen 2011, nach wie vor hauptsächlich von dieser liberalen irisch-republikanischen Partei gemacht. Die Fianna Fail vertritt breite Schichten der irischen Bevölkerung und war seit 1932 über 60 Jahre in der irischen Regierung vertreten. Fast alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit der Unabhängigkeit Irlands ereigneten sich unter Fianna Fail.

Irland ist von der Welt- und Wirtschaftskrise hart getroffen, weil die lange Zeit erfolgreiche Immobilienwirtschaft zur Belastung wurde. Durch die fallenden Immobilienpreise seit 2007 sind viele private irische Haushalte stark verschuldet. Aufgrund der irischen Bankenkrise bat Ministerpräsident Brian Cowen von der Fianna Fail 2010 die Europäische Union um Hilfen. Die EU-FinanzministerInnen bewilligten ein dreijähriges Hilfspaket im Umfang von 85 Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Die irische Regierung beschloss außerdem starke Sparmaßnahmen wie zum Beispiel die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 23 %, Kürzungen von Sozialleistungen und Einsparungen im öffentlichen Dienst.

Bei den Parlamentswahlen 2011 wurden die meisten Regierungsparteien, vor allem die Fianna Fail, von den irischen WählerInnen hart abgestraft. Fianna Fail fuhr das schlechteste Wahlergebnis ihres Bestehens ein und ist seitdem nicht mehr in der Regierung vertreten. Irland gilt als erstes Krisenland der aktuellen Wirtschaftskrise, da dort schon 2007/2008 der Immobilien- und Finanzsektor kollabierte.

Zudem ist Fianna Fail eine traditionell euroskeptische Partei, die Erweiterungen der Europäischen Union stets kritisch gegenüberstand und -steht. Die steigende Abgabe von Kompetenzen der Nationalstaaten an Brüssel ist häufig Kritikpunkt im Wahlkampf der Fianna Fail.

Taktik

Sie sehen sich in erster Linie als RepräsentantIn der irischen Bevölkerung. Ihre Partei wurde bei den letzten Parlamentswahlen von den WählerInnen hart abgestraft und muss sich nunmehr das Vertrauen der irischen Öffentlichkeit zurückerkämpfen. Besinnen Sie sich daher auf altbekannte Themen und argumentieren Sie im Interesse der irischen Bevölkerung. Kritisieren Sie beispielsweise den europäischen Bürokratismus und Zentralismus, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Fianna Fail ist momentan auf ihrem historisch schwächsten Stand, das wissen auch die anderen Parteien im Europäischen Parlament. Lassen Sie sich davon nicht beirren und suchen Sie den Kontakt zu ähnlich denkenden ParlamentarierInnen.

Sie wissen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Irlands zu einem Gutteil an den Strukturfonds der Europäischen Union gebunden ist. Eine Eingliederung der Türkei in die EU könnte nur auf Kosten eben dieser der Fördergelder geschehen. Treten Sie deshalb für extrem lange Übergangsfristen zur Übernahme der Strukturhilfe ein. Zustimmung zu Ihrer Politik werden Sie vor allem von anderen kleinen Staaten wie Belgien, Dänemark oder den Niederlanden erfahren. Nötigenfalls schlagen Sie eine Erhöhung des EU-Haushaltes zu Gunsten des Strukturfonds vor.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS BELGIEN

Partei: Ecologistes (Ecolo)

Ecolo ist eine frankophone grüne Partei in Belgien. 1980 entstanden, zählte sie zu den ersten Grünparteien der Welt, die in ein nationales Parlament einzogen. Ecolo setzte sich in den letzten 30 Jahren immer für eine starke Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der europäischen grünen Parteien ein.

Bereits 1984 hat sich Ecolo mit Grünen aus den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Schweden und der Schweiz zur Europäischen Koordination Grüner Parteien zusammengeschlossen. Im Jahr 2004 wurde unter Mitwirkung von Ecolo die Gründung der Europäischen Grünen Partei beschlossen, die sich nunmehr aus mehr als 35 grünen Parteien zusammensetzt.

Die innovative Ausrichtung der belgischen Grünen besteht laut ihrem Parteiprogramm darin, regionale, nationale und selbst europäische Interessen zu überwinden und die allgemeinen Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in der Welt zu berücksichtigen.

Ecolo betrachtet die Integration der Türkei in die Strukturen der Union als voreiligen Schritt in die richtige Richtung. Vor allem betont Ecolo, dass eine Erweiterung der Europäischen Union immer auch von den nationalen Parlamenten und der europäischen Öffentlichkeit getragen werden muss und nicht alleine im EU-Parlament beschlossen werden soll.

Die Türkei erscheint der belgischen Öffentlichkeit in vielerlei Hinsicht noch nicht als Mitgliedsland geeignet zu sein: Die ökonomischen und sozialen Unterschiede sind nach wie vor sehr groß und die Angleichung an einen gemeinsamen Besitzstand, d.h. der gesamten Rechte und Pflichten, die die Mitgliedsstaaten im Rahmen der Europäischen Union untereinander verbinden, scheint vor allem in wirtschaftlich schweren Zeiten kaum machbar. Zudem hinkt die Türkei der europäischen Gesetzgebung in sozialer Hinsicht sowie im Bezug auf das Gesundheitswesen, den Umweltschutz und den Minderheitenschutz weit hinterher.

Taktik

Sie als Abgeordnete/r von Ecolo im EP haben trotz einer weltoffenen und solidarischen Sicht momentan wenig Interesse an einem EU-Beitritt der Türkei. Ihrer Meinung nach würde die Integration eines so großen Landes wie der Türkei zu einer großen wirtschaftlichen Belastung der EU-27, insbesondere der EU-17, also der Staaten der Eurozone, führen.

Prinzipiell befürworten Sie zwar eine Aufnahme der Türkei, meinen aber, dass eine Integration in die EU erst Sinn ergibt, wenn Europa die momentane Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden hat und die Türkei vor allem in sozialer Hinsicht ihren Reformbedarf eingesehen hat. Betonen Sie, wie wichtig Ihnen Fortschritte im Bereich des Umwelt- und Minderheitenschutzes sind.

Zudem erinnern Sie Ihre KollegInnen daran, dass die europäische Bevölkerung Zeit braucht, eine künftige Erweiterung mitzutragen und langfristig als vorteilhaft zu erkennen. Ein übereiltes Handeln könnte unter anderem rechte und populistische Gruppierungen in Belgien und ganz Europa fördern.

Sie bevorzugen eine großzügige (auch monetäre) Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Reformen durch die Europäische Union, welche der Türkei helfen, sich an die europäischen Standards anzupassen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS DEUTSCHLAND

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde die Europapolitik Deutschlands maßgeblich von den Christdemokraten beeinflusst. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs unterstützt Deutschland und insbesondere die CDU den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas. Dennoch ist Deutschland verstärkt mit sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen aufgrund von Migration aus Niedriglohnarbeitsmärkten konfrontiert, primär aus Regionen, welche an mittel- und osteuropäische Länder anschließen.

Deutschland muss seine historische Last und seine historischen Erfahrungen berücksichtigen. Auf der einen Seite muss es die Ängste und Wünsche der westeuropäischen Länder respektieren und zufriedenstellen und kann nicht in Eigenregie handeln, auf der anderen Seite pflegt Deutschland aber auch lange und exzellente ökonomische Beziehungen mit der Türkei.

Taktik

Machen Sie deutlich: Bevor die Türkei der Europäischen Union beitreten kann, muss es im Land eine Reihe von Reformen geben. Die wirtschaftlichen Strukturen müssen liberalisiert werden und einen gewissen Wettbewerbsstandard erreichen, damit die Türkei auf dem europäischen Binnenmarkt „mitspielen“ kann. Sie könnten sich lange Übergangsfristen vorstellen, um so eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Aus geopolitischen Gründen ist ein Beitritt der Republik Türkei für Sie nur unter der Bedingung annehmbar, dass sie europäische Standards der Menschenrechte einhält. Sie sind davon überzeugt, dass ein möglicher Beitritt der einzige Weg wäre, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben und die Situation der Minderheiten in der Türkei zu verbessern. Versuchen Sie, andere europäische Konservative von dieser Meinung zu überzeugen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS GROSSBRITANNIEN

Partei: Conservative Party (Con)

In den letzten Jahren ist die Conservative Party zusehends europaskeptischer geworden. 2009 startete sie eine Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon, welcher ihrer Ansicht nach Brüssel zu viel Souveränität zugesteht. Die Conservative Party versucht, bessere bilaterale verteidigungspolitische Beziehungen mit wichtigen europäischen Partnern aufzubauen, und ist davon überzeugt, dass es im nationalen Interesse Großbritanniens sei, uneingeschränkt mit seinen europäischen Nachbarn im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu kooperieren.

Die Skepsis gegenüber dem Euro, der europaweiten Währung, ist während der letzten Jahre der Wirtschaftskrise weiter gewachsen. Heute ist ein Wechsel vom Pound zum Euro unwahrscheinlicher denn je.

Aufgrund seiner Insellage ist Großbritannien zwar nicht an einer Erweiterung interessiert, aber auch nicht gänzlich dagegen. Dem Beitritt der Türkei steht die britische Öffentlichkeit sehr skeptisch gegenüber. Es herrscht große Angst vor einer zusätzlichen finanziellen Belastung durch eine überhastete Erweiterung.

Taktik

Als ein Mitglied der Conservative Party sind Sie generell euroskeptisch eingestellt. Ihr vorrangiges Ziel ist es, mögliche Reformen, welche die Macht europäischer Institutionen stärken und die Bedeutung nationaler Mitgliedsstaaten schwächen könnten, zu verhindern. Sie wollen eine starke Union, aber zugleich auch einen möglichst unabhängigen britischen Nationalstaat.

Versuchen Sie möglichst lange Übergangsphasen zu erreichen, um den eigenen Markt zu schützen. Verweisen Sie darauf, dass jede Lösung auch noch in 20 Jahren und danach noch haltbar sein muss. Nur Langzeit-Lösungen können das Funktionieren der Europäischen Union garantieren. Ein Beitritt der Türkei darf keine erhöhten Beitragszahlungen für Großbritannien bedeuten.

Aus geopolitischen Gründen setzen Sie für einen Beitritt der Türkei voraus, dass das Land die europäischen Standards für Menschenrechte einhält. Verlangen Sie drastische Änderungen hinsichtlich der Wahrung von Menschen- und Minderheitsrechten. Lassen Sie die RepräsentantInnen der Türkei wissen, dass Sie keine rasche Aufnahme unterstützen werden. Versuchen sie dennoch, vorsichtig zu agieren und nehmen Sie deren Vorschläge ernst.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS FRANKREICH

Partei: Union pour un mouvement populaire (UMP)

Die französische Öffentlichkeit steht einem Beitritt der Türkei in die Europäische Union sehr skeptisch gegenüber. Die französische Regierung betrachtet diesen als eine historische Herausforderung, die an gewisse Konditionen für die Türkei gebunden sein muss. Frankreich muss seine historischen Verpflichtungen und Erfahrungen im Hinterkopf behalten. Das Land muss die Wünsche und Ängste der westeuropäischen Länder berücksichtigen und kann nicht ohne Weiteres in Eigenregie handeln.

Um einen Beitrittsprozess zu beschleunigen, ist Frankreich für alle Formen bilateraler Gespräche, Partnerschaftsabkommen und die Entwicklung einer konsistenten Türkei-Politik von Seiten der Europäischen Union offen. Die Union Pour un Mouvement Populaire unterstützt zudem eine paneuropäische Verteidigungspolitik.

Eine mögliche Erweiterung der EU darf jedoch keinesfalls die politische und ökonomische Kraft der Union mindern. Die im Vertrag von Amsterdam formulierte und in den Verträgen von Lissabon und Nizza umformulierte Vorstellung von einer „verstärkten Zusammenarbeit“ könnte ein möglicher Lösungsweg sein, um den Beitritt selbst nach hinten zu verschieben und dafür den Integrationsprozess der Türkei zu beschleunigen.

Taktik

Elementare ökonomische Anforderungen müssen von der Türkei erfüllt werden. Die ökonomischen Strukturen müssen liberalisiert werden und einen bestimmten Wettbewerbsstandard erreichen, damit das Land auf dem europäischen Binnenmarkt bestehen kann. Sie könnten sich mittelfristige Übergangsphasen vorstellen, welche eine gute ökonomische Zusammenarbeit sicherstellen würden.

Aus geopolitischen Gründen ist ein Beitritt der Republik Türkei für Sie nur unter der Bedingung annehmbar, dass sie europäische Standards der Menschenrechte einhält. Sie sind davon überzeugt, dass ein möglicher Beitritt der einzige Weg wäre, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben und die Situation der Minderheiten in der Türkei zu verbessern. Versuchen Sie, andere europäische Konservative von dieser Meinung zu überzeugen.



Rollenprofil: EINE ABGEORDNETE/EIN ABGEORDNETER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AUS ÖSTERREICH

Partei: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Die SPÖ bildet derzeit gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) eine große Koalition und stellte mit dem damaligen Parteivorsitzenden Franz Vranitzky den Kanzler, als Österreich am 1. Januar 1995 der Europäischen Union beitrug. Die österreichischen SozialdemokratInnen wollen Politik sowohl für Österreich als auch für Europa entwickeln und umsetzen. Dabei kommt den folgenden Bereichen besonderes Gewicht zu:

- Im Rahmen der aktuellen Wirtschaftskrise soll für ein nachhaltiges Wachstum gesorgt werden, die Finanzmärkte stärker kontrolliert und dessen Akteure zu mehr Transparenz aufgefordert werden.
- Der Bekämpfung des Klimawandels; es soll in in Europa produzierte, umweltverträgliche, kostengünstigere und erneuerbare Energie investiert werden
- Der Gleichstellung von Frauen und Männern, Reformen in der Migrationspolitik und einer Rückbesinnung auf die Grundwerte der Europäischen Union: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die intensiven Bemühungen der Türkei um eine EU-Mitgliedschaft stoßen bei der österreichischen Bevölkerung noch vermehrt auf Skepsis und Ablehnung. Die meisten ÖsterreicherInnen sind gegen einen Vollbeitritt. Eine „strategische Partnerschaft“ oder ein späterer Beitritt werden eher bevorzugt.

Taktik

Als Mitglied einer sogenannten „Volk-Partei“ müssen Sie auf viele verschiedene Stimmen hören, und auch in Ihrer Partei gibt es keine einheitliche Meinung, was die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei betrifft. Daher berufen Sie sich auf Aufklärung, offene Diskussion und eine klare Darstellung der Gründe und des Nutzens für Österreich. Vor einer geringen Popularität der Erweiterung in Ihrem Wählerkreis fürchten Sie sich allerdings nicht.

Hinsichtlich des verknappten EU-Budgets ist es Ihnen wichtig, einen Beitritt an klare Bedingungen zu koppeln. Verlangen Sie drastische Änderungen, was die Wahrung der Menschen- und Minderheitsrechte betrifft.

Verweisen Sie des Weiteren darauf, dass jede Lösung auch noch in 20 Jahren und danach haltbar sein muss. Nur Langzeit-Lösungen können das Funktionieren der Europäischen Union garantieren. Da fast die Hälfte des türkischen Handels auf Europa entfällt und Österreich dabei eine gewichtige Rolle spielt, wollen Sie sichergehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei stabil bleibt.